

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

417
Zweite Ausgabe

Wien, Montag, den 20. Dezember 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 20. Dezember 1926.

Fortsetzung der Generaldebatte über den Voranschlag.

Gemeinderat Schorsch eröffnet um 5 Uhr die Nachmittags-sitzung. Zur Generaldebatte über den Voranschlag haben sich noch weitere fünf christlichsoziale Gemeinderäte zum Wort gemeldet und zwar: Die Gemeinderäte Stöger, Holaubek, Huber, Preyer und Kunschak.

Gemeinderat Haider setzt seine Rede fort: Herr Stadtrat Breitner hat in seiner kurzen Erläuterung des Voranschlages einen bedeutungsvollen Satz ausgesprochen. Er hat gemeint, dass die Arbeitslosigkeit seine und der gesamten Gemeindeverwaltung grösste Sorge sei. Es liegt in seiner Hand und in der Hand der Gemeindeverwaltung ist im besonderen, die Arbeitslosigkeit dieser Stadt zu verringern. Wenn dem Herrn Stadtrat Breitner die Arbeitslosigkeit wirklich so grosse Sorge bereitet, so sei ihm heute das Mittel in die Hand gegeben, sich dieser Sorge zu entledigen. Sie brauchen nämlich dazu gar nichts anderes zu tun, als einen Teil unserer Forderungen bezüglich der Aenderung ihres Steuersystems zu erfüllen. Schaffen Sie die Lustbarkeitssteuer aus der Welt und in dem Moment wird wieder ein grosser Teil heute Arbeitsloser Arbeit bekommen. Nehmen sie der Hausgehilfenabgabe die drückende Härte, ändern Sie Ihr System und mit einem Schlag haben sie die Sorge von sich genommen, weil es dann den besser situierten Beamten, den besser situierten Geschäftsleuten wieder möglich sein wird, sich eine zweite Hausgehilfin zu nehmen.

Wenn Ihnen also die Arbeitslosigkeit wirklich so bange Stunden schafft, dann weg mit diesen Steuern. Es scheint Ihnen aber mit der Lösung dieser brennendsten Fragen der Gegenwart nicht allzu ernst zu sein. Ihre Sorge scheint nur eine platonische zu sein, weil Sie sich dieser Mittel nicht bedienen wollen.

Das Wohnungsproblem bietet auch so ein Kapitel. Um der Wohnungsnot an den Leib rücken zu können, glauben wir, dass die Lösung dieses Problems darin gelegen ist, die private Bautätigkeit zu ermöglichen. Davon will die Gemeindeverwaltung nichts wissen. Sie begründen Ihren Standpunkt damit, dass man bei der Möglichkeit der privaten Bautätigkeit an eine Aenderung des bestehenden Mieterschutzgesetzes denken müsste. Sie behaupten, dass das Mieterschutzgesetz in seiner heutigen Form bestehen bleiben müsse. Ich habe nichts dagegen und es ist auch unser Standpunkt, dass man die Mieter in schwerer Zeit und auch heute schützen müsse. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Bestimmungen des Gesetzes hinsichtlich der Kündigung sakrosankt sind. Nur bezüglich der Zinsbildung stehen wir auf einem anderen Standpunkt.

Redner zitiert verschiedene Zeitungsartikel über den Mieterschutz und bemerkt, dass führende Sozialdemokraten Deutschlands mit den christlichsozialen Anschauungen über die Lösung des Mietzinsproblems übereinstimmen. Selbst die Arbeiterzeitung habe in den Jahren 1921 und 1922 noch die Auffassung vertreten, dass es notwendig sein werde, die Mietzinse der Geldentwertung anzupassen. Heute freilich habe sie diese Ansicht längst revidiert. Die Sozialdemokratie habe sich in eine fixe Idee verrannt, die unverrückbare Aufrechterhaltung des Mieterschutzes zur Plattform der letzten Nationalratswahlen gemacht und jetzt könne sie nicht mehr zurück. Nach ausführlicher Erörterung der Verhältnisse in

den städtischen Wohnungsneubauten bringt Redner vor, dass die Vergabe von Wohnungen in den Gemeindefürsorgehäusern nach dem Gesichtspunkte der Parteizugehörigkeit geschehe und dass nur sozialdemokratische Parteigänger und Abnehmer die ebendrin Mitglieder verschiedener Organisationen und der Arbeiterzeitung sein müssen, Wohnungen in den Neubauten erhalten. Dieses von der Mehrheit eingehaltene System sei ein Skandal sondergleichen, da die Wohnhausbauten doch aus Steuern der Gesamtbevölkerung errichtet werden. Ueber die Qualitäten der Wohnungen haben Fachleute höchst ungünstige Urteile ausgesprochen und der bekannte Bodenreformer Adolf Danaschke sage ausdrücklich über die Wiener Wohnhausbauten: Diese Art der Wohnpolitik ist eine Todsünde Wiens, eine Todsünde an den Kindern, an den Arbeitern, an dem ganzen Volke. Auch der sozialdemokratische Wohnungspolitikern Ernster habe über die Wiener Neubauten abfällig geurteilt und ausdrücklich betont, dass die Wohnungen in diesen Bauten niedriger seien, als jene in den Spekulationsbauten der Vorkriegszeit.

Vor vierzehn Jahren hat der damalige sozialdemokratische Gemeinderat Skaret verlangt, dass die damalige Gemeindeverwaltung vom Fürsorgewesen jede Parteipolitik fernhalten müsse. Und was machen Sie jetzt? Das System, das Sie im Fürsorgewesen inauguriert haben, trägt Ihre Marke. Sie machen jetzt das Gegenteil von dem, was Skaret verlangt hat. Ich frage Sie also: Halten Sie es mit Skaret oder sind Sie mit dem Fürsorgerat Trockner, der Ihrer Partei angehört, einverstanden? Dieser Herr Trockner hat nämlich bei einer Erhebung zu einer Partei gesagt: Ich bin auch christlich. Wenn ich aber wüsste, wie Sie gewählt haben, würde ich es Ihnen fühlen lassen. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Unerhört!) Ich verlange daher im Namen meiner Fraktion, dass mit aller Beschleunigung mit solchen Vorkommnissen gebrochen werde.

Ich will nun zu den Kapitel, städtischen Unternehmungen, sprechen. Vor allem zum Kapitel: Strassenbahn. Die Strassenbahn spielt in unserem Wirtschaftsleben sicher eine grosse Rolle. Die Geschäftswelt kann darüber urteilen, welche grosse Rolle die Strassenbahn spielt, und wie notwendig ein gut funktionierender Strassenbahnverkehr ist. Seinerzeit hatten wir ein Ueberfüllungsverbot auf der Strassenbahn. Damals konnte man noch bequem sitzend fahren. Und wie ist das heute. Wenn man einen Platz bekommen will, muss man ^{bei} einer Endstation einsteigen. Man sagt, fahren Sie halt mit einem Auto. In Amerika, in diesem nichtmarxistischen Lande hat jeder zweite Bewohner sein Auto (Rufe bei der Minorität: Das wär was für Herrn Breitner!) Bei uns aber ist es nicht so. Wir begnügen uns nicht mehr, auf so menschenunwürdige Art befördert zu werden. Warum haben wir einen so mangelhaften Verkehr? Weil eben die ganze Gebarung vom Gedanken des Fiskalismus getragen wird. Breitner beeinflusst das Budget der Unternehmungen. Es ist für unsre Stadt eine Schande einen solchen Verkehr zu haben. Hier Herr Breitner hätten Sie ein Mittel, die Arbeitslosigkeit zu lindern. Geld hat die Gemeinde in Hülle und Fülle und lassen Sie mehr Strassenbahnwagen bauen, verdichten Sie damit den Verkehr, so wird der Verkehr besser und die Arbeitslosigkeit verringert werden.

Zum Personalbudget bemerkt Redner, dass die Personallasten für die aktiven Angestellten der Gemeinde 32 1/3 Prozent der Gesamtauslagen betragen, während der Bund für die Personalausgaben der aktiven Angestellten 14 Prozent ausgibt. Bei der reichen Gemeinde Wien betragen also die Gesamtauslagen gegenüber den Gesamtlasten bedeutend weniger als beim Bunde. Deshalb ist die Steuerpolitik der Gemeinde ungerechtfertigt, denn sie kann sich nicht darauf berufen, dass sie übermässig hohe Personallasten hat und dass diese die erhöhten Steuern rechtfertigen. Und dennoch weigert sich die reiche Gemeinde den Kriegsoffizieren auch nur eine bescheidene Witwenpension zu geben, obwohl tausende von solchen Menschen der Gemeinde neun Jahre und darüber treu gedient haben. Diese Haltung der Gemeinde spottet jedem sozialen Empfinden. Beim Bunde wurde kürzlich eine Gehaltsaufbesserung vollzogen. Was tut die reiche Gemeinde? Man hört zwar läuten, man hört davon mauscheln, aber es geschieht nichts. Die reiche Gemeinde sollte sich ihrer Pflicht erinnern und bei dieser Gelegenheit auch der Kollektivverträger nicht vergessen.

Sehr eingehend beschäftigt sich Redner mit der Frage des Koalitionsrechtes. Der seinerzeitige Staatskanzler Dr. Renner habe wiederholt in öffentlichen Kundgebungen und Reden betont, dass das Recht der freien Meinungsäusserung hochgehalten werden müsse. Das ist längst vergessen, die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung missachtet das Koalitionsrecht und die freie Ueberzeugung der Bürger dieser Stadt werde in der rückwärtslosesten Weise mit Füßen getreten.

Um 9 Uhr unterbricht Gemeinderat Haider, der schon acht Stunden spricht, seine Rede, und der Vorsitzende Gemeinderat Weigl schliesst die Sitzung.

20/12

A handwritten signature or set of initials, possibly 'N', written in a cursive style.